

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Redaktionsbüro: Durch unser Büro
für das Erzgebirge 100 Markt,
Breslau, werden die Anzeigen
und die Nummern der Anzeigen
entgegen - Erhebung wertig,
Gehalts, Anzahl Nr. 28,
Telegraphische: Kasseblatt Anzeiger.

Redaktionsbüro: Durch unser Büro
für das Erzgebirge 100 Markt,
Breslau, werden die Anzeigen
und die Nummern der Anzeigen
entgegen - Erhebung wertig,
Gehalts, Anzahl Nr. 28,
Telegraphische: Kasseblatt Anzeiger.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Nr. 1000

Nr. 300

Donnerstag, den 28. Dezember 1922

17. Jahrgang

Drahtverhaue der Politik.

Der Rest des Jahres gehört zunächst den wirtschaftlichen Konferenzarbeiten, die ihren Gang gehen. Die unruhig diesen gleichmäßigen Schritt umkreisende politische Tätigkeit hat während der Feiertage, nicht unabhängig, eine Pause gemacht; so verließ die Weihnacht in ganz Europa sehr still. Die Pause darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß noch vor dem Zusammentritt der Mahgebenden in Paris, der Stellungskampf der Politiker mit aller Kraft einsehen wird. Nichts ist dieser Kampf, wenn man die Politik als Ganzes zu sehen versucht, einfach gegen die - Wirtschaft? Viele, und darunter manche Führer der Wirtschaft, empfinden es so. In Deutschland zeigt diese Kreise Neigung, den Staat als verhandlungsfähig gleichsam abzugeben, in England und Amerika kam das Wort auf, vernünftigen und sachkundigen Geschäftleuten genüge eine halbe Stunde, um die ganze „Reparationsfrage“ zu lösen.

Den wohlmeinenden Männern, die so sprechen, ist zu antworten, daß sie den Plan mit der Ausführung verwechseln. Ein brauchbarer Entwurf zur Reparationsregelung läßt sich in einer halben Stunde wohl herstellen; aber wenn man damit fertig ist, fängt vom Standpunkt des „Politikers“ die eigentliche und schwere Arbeit erst an. Es gilt, die Hindernisse zu überwinden, die nicht wie mancher Wirtschaftler glaubt, eine Willkür der Politiker sind, sondern Tatsachen, die sich viel schwerer wägen und messen lassen als Ausfuhr und Einfuhr, darum aber nicht weniger vorhanden sind. Die wichtigste dieser Tatsachen ist das Sicherheitsbedürfnis Frankreichs. Unzweifelhaft wird eine immer noch große Zahl einflussreicher Franzosen von einem Machtwillen beherrscht, der die nationale Sicherheit ebenso wie die Reparationsforderung nur Vornam ist; aber der Wille zur Sicherheit ist doch noch allgemeiner und stärker. Man weiß, daß Clemenceau und seine Mitarbeiter sich zum Beispiel auf die Rheingrenze nur bewegen ließen, weil England und Amerika ihnen den militärischen Bürgschaftsvertrag in Aussicht stellten. Lloyd George und Poincaré warfen sich gegenseitig die Schuld an dem Nichtzustandekommen dieses Schutzvertrages vor. Wie dem sei: die Frage der politisch-militärischen Bürgschaft wird neben den Schuldenfragen eine entscheidende Rolle spielen. Auch in Frankreich fehlt es nicht an Leuten, denen Wirtschaftsverbindungen wertvoller erscheinen als „Reparationen“. Aber wenn Poincaré (oder sein Nachfolger) selbst innerlich ihnen Recht gäbe, so hindern ihn die „Veranlagten“ hundert Milliarden daran, von solcher Erkenntnis Gebrauch zu machen. Nimmt man den in Frankreich wieder entzündenden Kampf um die Ministerpräsidentenschaft, das Geltungsbedürfnis des italienischen Diktators Mussolini hinzu, so begreift man, daß durch diese Drahtverhaue der Politik nicht „in einer halben Stunde“ durchzukommen ist.

Die französische Weihnachts-offensive.

Während man in Berlin auch die Weihnachtsfeiertage zu Rate gezogen hat, um die Vorbesprechungen über die deutschen Reparationsvorschläge so weit zu fördern, daß noch Ende dieser Woche die Formulierung und möglicherweise auch die Uebermittlung dieser Vorschläge nach Paris erfolgen kann, ist die französische Politik ebenfalls mit gesteigertem Eifer tätig gewesen. Während aber das Ziel der deutschen Bemühungen ist, alle Wege zu erschließen und zu ebnen, zielen die Pariser Aktionen darauf hin, neue Schwierigkeiten zu schaffen. Man erkennt in Frankreich, daß angesichts des unbestreitbaren ethischen und ersten Willens Deutschlands und angesichts der Stimmung in England wie der Haltung Amerikas bei den bevorstehenden Konferenzen durchaus mit einem positiven Ergebnis gerechnet werden könnte, das den tatsächlichen Lage Deutschlands einigermaßen gerecht zu werden vermöchte; ein solcher Ausblick aber liegt absolut nicht in der Richtung der Ziele der Pariser Gewalt-politiker, und sie legen ihre Gegenlinien rechtzeitig und mit Aufwand von großer Energie.

Als oft erprobtes Mittel hat man gegen Deutschland wieder einmal die Anschuldigung bei der Hand, daß es übermäßig gegen die im Versailler Vertrag übernommenen Verpflichtungen verstoße, und zwar gleich auf zwei Gebieten. Einmal wird ein solcher Verstoß in der Belagerung Deutschlands erblickt, 80 000 Tonnen Stickstoff an Frankreich zu liefern, und hierüber soll eine französische Note in Vorbereitung sein. Zum zweiten droht eine Kundgebung der Reparationskommission über vorläufige Nichtbefriedigung der Lieferungsverpflichtung an Deutschland, was den Wirtschaftler angeht, so ist die Forderung wiederum ungewöhnlich und ebenso unerfüllbar. Wenn

Deutschland leistungsfähig werden soll, so ist die erste Vorbedingung, daß es sich für seine Ernährung vom Import möglichst unabhängig macht, daß es also seine landwirtschaftliche Produktion steigert, und dazu bedarf es bekanntlich selbst der Beschaffung sehr erheblicher Mengen von Kunstdüngemitteln, so daß es zur Lieferung von solchem einfach nicht in der Lage ist. Dieser Erkenntnis wird sich auch der französische Unterhändler, der in der Stickstofffrage nach Berlin beordert ist, bei dem geringsten Willen zu objektivem Urteil nicht entziehen können. Was die Holzlieferung angeht, so scheint es sich auch hier nicht in erster Linie um eine tatsächlich dringliche Forderung zu handeln, sondern um den Wunsch, einen Vorwand für eine neue Anklage gegen Deutschland zu schaffen; diesen Eindruck gewinnt man aus den Berichten über die sehr scharfe Auseinandersetzung in der Reparationskommission und über die Haltung des englischen Delegierten.

Die beiden Anklagen, und mehr noch die Folgerungen, die sowohl die französische Regierung wie die Reparationskommission auf ihnen aufbauen werden, sind ganz offenkundig Mittel zu dem Zweck, Deutschland am Vorabend der neuen Konferenzen in ein schlechtes Licht zu setzen. Ihnen gegenüber besagt die private Information eines Pariser Blattes sehr wenig, die von einer bevorstehenden Mitteilung Poincarés nach Berlin wissen will, daß Frankreich zur Prüfung jedes formellen deutschen Vorschlages bereit sei - unter Einschränkungen, die sehr vieldeutig klingen. Poincaré geringschätzig durch die Anknüpfung seiner neuen Exposé ein solches platonisches Angebot selbst sofort wieder, und die Reparationskommission, deren Aufgabe es sein sollte, zu prüfen, wie weit Deutschland zur Erfüllung der aus dem Versailler Vertrag abgeleiteten Forderungen jeweils imstande sei, sekundiert ihm dabei nach besten Kräften.

Nicht minder alarmierend, als die so in Aussicht gestellten neuen Vorwürfe gegen Deutschland ist aber, was man aus Paris über die weitergehenden, auf lange Sicht gedachten Pläne der französischen Politik erfährt. An die Stelle der Drohung mit dem bewaffneten Einmarsch in das Ruhrgebiet ist jetzt der Plan der wirtschaftlichen Ausbeutung des Rheinlandes getreten, der schon in der bekannten Denkschrift Laitras mit allen Einzelheiten im Entwurf fertiggestellt war und den die französische Regierung jetzt bis an die Schwelle der praktischen Verwirklichung gefördert hat. Bedeutet wird dieser Plan mit dem Schlagwort von den „produktiven Pfändern“, wobei sich kein Mensch darüber im Unklaren sein kann, daß es Frankreich viel weniger auf die Erlangung von Pfändern für deutsche Zahlungen ankommt, als auf den wirtschaftlichen, auf den effektiven Besitz der rheinischen Industrie. Durch die Errichtung einer Zollgrenze sollen Rheinland und Ruhrgebiet vom Reiche abgetrennt werden, ein Heer von Technikern und Beamten soll über das Land verteilt und, so weit es der französischen Regierung nötig und gut erscheint, militärisch besetzt werden. Der Plan ist so vollständig, daß er auch die Währungsfrage umfaßt und wenn auch die Verlautbarungen darüber noch sehr vorsichtig und mit Absicht unklar gehalten sind, so spricht aus ihnen der Gehalt an der Einführung der Frankenwährung doch schon sehr unmissverständlich. Vortrennung, Durchdringung, wirtschaftliche und finanzielle Angliederung an Frankreich, das ist das Schicksal, das man dem Rheinland und dem Ruhrgebiet zubedenkt. Politisch und wirtschaftlich also eine Vergewaltigung von so nackter Brutalität und von so unabsehbaren Folgen, daß selbst die langjährige Kenntnis der französischen Gewaltpolitik staunen muß über die Offenherzigkeit, mit der diese Pläne ans Tageslicht gefördert werden. Für die englische Politik müßte es einen vollkommenen Umschwung, ja Umsturz bedeuten, wenn sie sich bereit finden sollte, derartigen französischen Absichten auch nur passive Billigung zu zeigen, und für die Geneigtheit Amerikas, helfend in das europäische Chaos einzugreifen, muß die Kunde von solchen Plänen wirken wie ein kalter Wasserstrahl. In Deutschland aber, nicht nur in dem aufs äußerste gefährdeten Westen, sondern im ganzen Reiche müssen solche Absichten die Empörung und den Willen zu entschlossenem Widerstand mit vollem Kraft zum Durchbruch bringen.

Die deutsche Politik wird gut tun, sich in ihren Vorbereitungen und in der Formulierung ihrer Vorschläge durch diese neue Offensive Frankreichs nicht beirren zu lassen, sondern nach bestem Gewissen zu erwägen und anzubieten, was sie zu leisten und zu verantworten vermögen. Sie wird es allerdings ohne jede Illusion tun müssen, und sie wird zu gleicher Zeit ihre ganze Aufmerksamkeit und Energie auf die Abwehr der drohenden Gefahren konzentrieren müssen. Hier noch mehr als in der Stille ihrer aktiven Reparationspläne darf sie der Unterstützung des ganzen deutschen Volkes in allen Kreisen und Schichten gewiß sein.

Die Beratungen der Reichsregierung.

Reichskanzler Cuno ist Dienstag nach Berlin zurückgekehrt. Die Beratungen mit den Sachverständigen sind inzwischen in der Hauptsache zum Abschluß gelangt. Gegenwärtig finden innerhalb der Regierung Beratungen darüber statt, was angesichts der bevorstehenden Pariser Konferenz zu unternehmen sei. Die Regierung will ihren Schritt von der Lage abhängig machen. Die derzeitigen Beratungen finden in einem engen Kreise statt, um das Stillstehen darüber wird so sorgfältig gewahrt, daß Blättermeldungen über Details und Ergebnisse der Beratungen nur auf Vermutungen beruhen können. Gegenüber erneuten Nachrichten, wonach die deutsche Regierung in Washington einen Schritt bezüglich der Einsetzung einer Studienkommission zur Feststellung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands durch die Vereinigten Staaten getan habe, wird von zuständigen Seiten als die für sich erfolgte amtlich Meldung verwiesen, daß weder der Reichskanzler noch sonstige amtliche Stellen einen derartigen Schritt unternommen haben, und hinzugefügt, daß sich daran nichts geändert habe.

Die Türken fordern die Rückgabe Mossuls.

Die Konferenz von Lausanne nahm am Dienstag nachmittags ihre durch die Feiertage unterbrochenen Arbeiten wieder auf, obgleich noch nicht alle Delegierten nach Lausanne zurückgekehrt sind.

Die türkische Delegation hat das kürzlich Memorandum der englischen Delegation über die Mossul-Frage mit einer ausführlichen Denkschrift beantwortet, in der sie auf Grund der ethnographischen, politischen, wirtschaftlichen und geographischen sowie der militärischen Argumente und auf Grund des türkischen Nationalpathos die Rückgabe des Gebietes von Mossul an die Türkei fordert. Die Denkschrift schließt mit folgenden Worten: Diese Gründe genügen, um den Nachweis zu führen, daß das Vilajet von Mossul einen integrierenden Bestandteil der Türkei bildet. Es wurde ohne jedes Recht nach dem Waffenstillstand besetzt. Es fand am Dienstag nur eine offizielle Sitzung statt, und zwar in der Unterkommission für den Bevölkerungsaustausch, in der die Griechen von neuem gegen die Entfernung des Patriarchats aus Konstantinopel protestierten.

Außerdem war für Dienstag eine Sitzung des Unterausschusses für den Minoritätenschutz anberaumt worden, zu der das Generalsekretariat der Konferenz auch die Vertreter der bulgarischen, armenischen und assyrisch-chaldäischen Minderheiten eingeladen hatte, wogegen die türkische Delegation in zwei Notizen aufs Heftigste protestierte, indem sie erklärte, daß, wenn man derartige Delegationen zu den Beratungen hinzuziehe, man auch die Ägypter, Inder, Irländer usw. einladen könnte. Angesichts des türkischen Protestes erklärte man, daß es sich um ein Missverständnis handle. Anstatt der Unterkommissionsitzung fand eine private Sitzung der alliierten Delegation statt, in der die Vertreter der betreffenden Minderheiten gehört wurden.

Anlässlich der Geltungsbekanntmachung über die Verhaftung eines Schweizer ruffischer Herkunft namens Kirshbaum und die angebliche Beschlagnahme französischer militärischer Dokumente und eines Briefes an Tschischerin veröffentlicht die russische Delegation ein kategorisches Dementi, in dem sie feststellt, daß die Delegation Russlands, der Ukraine und Georgiens dem Zwischenfall völlig fernstehe und mit der betreffenden Person niemals etwas zu tun gehabt habe.

Die Deutsch-Völkischen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Wie schon kurz gemeldet wurde, hat Herr v. Graefe dem deutschen Volke zu Weihnachten eine neue Partei geschenkt, die „Deutschvölkische Freiheitspartei“. Die beiden anderen aus der deutschnationalen Reichstagsfraktion ausgetretenen Abgeordneten Wulle und Henning sind auch dabei, und Graf Reventlow ist ihr Prophet. Damit haben die genannten Reichstagsabgeordneten die letzte Konsequenz aus dem Scheitern der Einigungsverhandlungen vom Odellinger Parteitag gezogen und sind nun automatisch auch aus der Deutschnationalen Partei ausgetreten, der sie bisher noch angehört hatten.

In der „Kraus-Reitung“ beschäftigt sich Graf Westarp, der Führer des konservativen Flügels dieser Partei, der bis zum Schluß die Trennung zu verhindern gesucht hat, sehr ausführlich mit der neuen Parteigründung. Wehmütig betrachtet er die Zerstückelung der Rechte, die nur die Wahlmöglichkeit steigern werde, und mit freundlicher Ironie fragt er, ob die Völkischen sich nicht zuerst unter sich einmal einigen möchten. Es gebe doch schon die Dörlerschen Nationalsozialisten (Westarp nennt sie schamhaft „Nationalsozialisten“), und die Runge'schen Deutschsozialen und man spreche von der Gründung einer Großdeutschen Arbeiterpartei.

Am Charakteristischsten aber für die rechtsradikale, antisemitische Bewegung ist das, was Graf Westarp, der sie doch genau kennt und schmolzend liebt, ihr zum Schluß ins Stammbuch schreibt: nicht im Kampf gegen das Judentum, nicht im Och und Horn hätte sie sich erschöpfen, sondern sie wolle auch an die Abwehr unserer ausländischen Feinde und Bedrohungen denken.